

unmittelbare Nachkriegseuropa seine Vergangenheit nur in der Form unscharfer Mythen zu ertragen vermochte, betont J., dass sich nach 1989 eine vielfältige Erinnerungswelt formiert hat. Insgesamt sei kritisch angemerkt, dass der Vf. die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die Entwicklung Europas überzeichnet. Hier wäre es notwendig gewesen, die Bedeutung dieser traumatischen Jahre für verschiedene Generationen von Europäern zu diskutieren.

J. bemüht sich in seiner Darstellung, politische Probleme und gesellschaftliche Prozesse in verschiedenen europäischen Nationen miteinander zu verzahnen. Dank seines analytischen Blicks und seiner Kenntnis des Forschungsstandes gelingt ihm dies auf durchgehend hohem Niveau. Zugleich scheut er politische Urteile nicht: J. nennt beispielsweise den hohen Preis, den die Sowjetisierung für die Bevölkerung Osteuropas von Beginn an bedeutete, er beschreibt die gezielte Verelendung der Bauern in der Zwangskollektivierung und beleuchtet die antisemitischen Exzesse, die Moskau in den vierziger und fünfziger Jahren in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten anstiftete (S. 129-196). Doch J. bleibt nicht bei der Beschreibung von Terror und Repression stehen, die Osteuropa unter stalinistischem Diktat prägten: Er versucht zugleich zu erklären, warum der Kommunismus in weiten Teilen Westeuropas bis zu den russischen Invasionen von Budapest 1956 und Prag 1968 nur wenig von seiner Anziehungskraft einbüßte. Der Eiserner Vorhang war eben nicht nur eine politische Trennungslinie; er teilte auch die Wahrnehmung der Europäer und trug dazu bei, dass sich beide Seiten über Jahrzehnte voneinander entfremdeten. Doch nicht nur die Abschnitte über den Nachkriegsstalinismus sind lesenswert; auf wenigen Seiten (S. 566-590) gelingt dem Vf. etwa eine pointierte Zusammenfassung und Bewertung der anti-kommunistischen Dissidenz im Osteuropa der siebziger und achtziger Jahre. Auch die Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie der neunziger Jahre wird ebenso kompetent wie kritisch dargestellt (S. 665-700).

Historiker sind bekanntlich für die Zukunft nicht zuständig. Dennoch erscheint es dem Rezensenten keineswegs gewagt, J.s Buch eine Zukunft als Klassiker der Zeitgeschichte vorauszusagen. Auch wenn der Vf. in der Regel darauf verzichtet, in den Forschungskontroversen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte Stellung zu beziehen, dürfte sein Buch für Studierende bis auf weiteres zur Pflichtlektüre zählen. Und an ihm werden sich zukünftig diejenigen messen müssen, die den Kontinent in seiner Gesamtheit in den Blick nehmen. Zugleich beinhaltet das Werk jedoch auch eine Aufforderung an die osteuropäische Geschichte, wie sie hierzulande betrieben wird. Auch ihr täte es gut, wenn sie jenseits geographischer Spezialisierung die Verflechtungen ihres Gegenstandes mit anderen Regionen Europas und der Welt stärker in den Blick nähme. Es liegt im Interesse unseres Faches, diese Herausforderung anzunehmen und die vergleichenden, transnationalen Studien, die Geschichte politischer und kultureller Transferprozesse und die großen Synthesen mit ähnlichem Selbstbewusstsein anzugehen, wie es der Frankreich-Historiker Tony Judt getan hat.

Berlin

Jan C. Behrends

**James E. Bjork: Neither German nor Pole.** Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland. (Social History, Popular Culture, and Politics in Germany.) University of Michigan Press. Ann Arbor 2008. XI, 290 S. (\$ 80,-)

Im Mittelpunkt der Studie steht die Geschichte der Zentrumspartei in Oberschlesien in der Zeit vom Kulturkampf in den 1870er Jahren bis zu dem Plebiszit und der Teilung des Landes zwischen Deutschland und Polen in den Jahren 1921/22. Als Fallstudie innerhalb Oberschlesiens hat James E. Bjork das Dekanat Myslowitz ausgewählt, das neben einer Reihe kleinerer Ortschaften auch die Großstädte Kattowitz und Königshütte einschloss.

Die zentrale These des Buches umreißt B. in kritischer Abgrenzung zu zwei zentralen Annahmen der Hauptströmungen der Nationalismusforschung schon in der Einleitung. Die Geschichte Oberschlesiens belege zum einen, dass ökonomische Entwicklung und gesell-

schaftliche Modernisierung nicht notwendigerweise auch zu einer tiefgreifenden Nationalisierung der Gesellschaften führe. Zum anderen zeige Oberschlesien, dass Pfarrer nicht überall eine zentrale Trägergruppe des Nationalisierungsprozesses gewesen seien, sondern in Oberschlesien hätten sie sich ihm überwiegend entgegengestellt.

Positiv knüpft B. hingegen an die in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten sehr intensiv betriebenen Forschungen zu Kirchen und Religiosität im Modernisierungsprozess in Deutschland seit dem 19. Jh. an. Zu ihren zentralen Befunden gehört, dass von einer generellen Zurückdrängung von Kirchen und Religiosität und einem unzweideutigen Prozess der gesellschaftlichen Säkularisierung als Teil der Modernisierung keinesfalls gesprochen werden kann, sondern Kirchen und religiöse Milieus sich durchaus erfolgreich in den sich verändernden Bedingungen behaupteten, ja teilweise sogar neu aufblühen konnten. Zu den Verdiensten der Studie gehört, dass sie die Fragen und Befunde der religionsgeschichtlichen Forschung nun für eine Region, die bisher von dieser weitgehend ignoriert wurde, fruchtbar macht und zeigen kann, dass die relativ große Resistenz der Einwohner Oberschlesiens gegenüber den Nationalisierungsprozessen am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jh.s nicht nur auf den gemischtsprachlichen Charakter und Spezifika der längeren historischen Entwicklung Oberschlesiens zurückzuführen ist. Sie beruht auch darauf, dass die katholische Kirche den Nationalisierungsprozessen Widerstand entgegensetzte, da sie darin eine Bedrohung nicht nur ihres politischen und gesellschaftlichen Einflusses, sondern auch ihres religiösen Auftrags sah. Allerdings war dieser Widerstand vor dem Hintergrund der komplizierten sozialen, politischen und sprachlichen Verhältnisse in Oberschlesien nicht immer geradlinig und auch mit Konflikten in der Kirche verbunden. Die Ablehnung radikaler nationaler Bestrebungen entsprach aber – so lassen sich wohl B.s Befunde zusammenfassen – den tiefen Überzeugungen der großen Mehrheit der oberschlesischen Pfarrer von ihren religiösen und seelsorgerlichen Aufgaben.

Als zentrale Zäsur hebt B. die Wahl des polnischen Nationaldemokraten Wojciech Korfanty 1903 im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze in den Reichstag hervor, da damit der polnische Nationalismus eine organisatorische Basis und politische Repräsentanz außerhalb der Zentrumsparterie erlangte. Auch in anderen Wahlkreisen konnten polnische nationale Kandidaten beträchtliche Stimmenanteile gewinnen. Damit schien die politische Hegemonie des Zentrums in Oberschlesien gebrochen. Das Zentrum verlor nun auch auf der deutschen Seite Stimmen. Diese Entwicklung setzte sich bei den Reichstagswahlen 1907 fort, wurde dann aber von einem bemerkenswerten Wiedererstarken des Zentrums bei den Reichstagswahlen 1912 abgelöst. Während die deutschen und polnischen nationalen Parteien bei den Wahlen 1907 noch zusammen ungefähr 70 Prozent der Stimmen in Oberschlesien erlangt hatten, waren es 1912 nur noch 55 Prozent. Anders als die ältere Historiographie, die vorwiegend an den Ursachen des Stimmenrückgangs für das polnische Lager interessiert war und ihn in erster Linie als Folge von inneren Querelen und des wachsenden Drucks von deutscher Seite interpretierte, sieht B. zwei andere zentrale Gründe. Die Politik des Bülow-Blocks im Reichstag habe die Gefahr eines neuen Kulturkampfes am Horizont erscheinen lassen und so zur Konsolidierung des katholischen Milieus beigetragen. Vor allem aber hätten die Pfarrer in den vorhergehenden Jahren die soziale und gesellschaftliche Arbeit mit größerem Engagement aufgenommen, während sie zur Jahrhundertwende das sich entwickelnde katholische Vereinswesen häufig noch mit Misstrauen betrachteten hätten. B. beschreibt zudem für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg eine Zunahme religiöser Aktivitäten. So gab es zahlreiche Volksmissionen, die viele Menschen mobilisieren konnten, aber auch die durchschnittliche Zahl von Beichten pro Kirchenmitglied und Jahr nahm zu. Während die ältere Historiographie die Wahlergebnisse von 1912 als dem eigentlichen Trend zur Nationalisierung entgegenlaufende, nur durch spezifische kurzfristige Umstände erklärbar Abweichung deutete, betrachtet B. sie als Resultat einer etwas verspäteten, aber erfolgreichen Übernahme neuer Formen der politischen und gesellschaftlichen Organisation durch die katholische Kirche in Oberschlesien, die wesentlich dazu beigetragen habe, dass das Zentrum wieder einen Teil seines

alten politischen Einflusses zurückgewinnen konnte. Dies habe aber nicht zuletzt auch darauf beruht, dass die tendenziell anationale Haltung dieser Partei der Lebenswirklichkeit und den Werten der großen Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung mehr entsprochen habe als die Ziele der nationalen Parteien.

Der Vf. führt die Diskussion des Verhältnisses zwischen den nationalen Bestrebungen und dem katholischen Milieu in den abschließenden Kapiteln auch für die Zeit des Ersten Weltkriegs und die ersten Nachkriegsjahre fort, als sich im Zusammenhang mit dem Plebiszit über die zukünftige Zugehörigkeit Oberschlesiens die Spannungen in der Region so stark zuspitzten wie niemals zuvor. Aber auch hier argumentiert B., dass mit dem katholischen und dem gemischtsprachlichen Charakter der Region verbundene Identitätsbezüge vorherrschend blieben.

Insgesamt wäre neben der Untersuchung der Zentrumspartei und der Diskussionen unter den Pfarrern eine etwas tiefer gehende Behandlung der Entwicklung des katholischen Vereinswesens und religiöser Praktiken als der eigentlichen Orte katholischer Milieubildung wünschenswert gewesen. Aber auch so leistet die Studie einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Geschichte Oberschlesiens wie auch generell zur Katholizismus- und zur Nationalismusforschung.

Halle/Saale

Kai Struve

**Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit.** Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 69.) Droste Verlag, Düsseldorf 2008. XII, 604 S., zahlr., z.T. farb. Abb. (€ 49,50.)

Flüssig und spannend geschrieben entfaltet Stefan Creuzberger auf beachtlicher Quellen- und Literaturgrundlage und bereichert durch Fotos, Tabellen, Abkürzungsverzeichnis und Personenindex in seiner fein gegliederten Habilitationsschrift die ersten zwanzig Jahre des gesamtdeutschen Ministeriums. Gestützt auf eigene Forschungen zur sowjetisch dominierten Nachkriegsgeschichte der SBZ/DDR ordnet er das Ministerium als Produkt und zugleich Apparat des Kalten Krieges (S. 57) kundig sowie wertend historisch ein. Dabei orientiert er sich an den maßgeblich handelnden Akteuren, schildert Strukturen des Ministeriums bzw. strukturelle Beziehungen zu anderen Regierungsbehörden, zeitbedingt wechselnde Schwerpunkte der politischen und propagandistischen Arbeit sowie Erfolge und Misserfolge.

Durchgängig spielte die Auseinandersetzung mit der kommunistischen ideologischen Herausforderung, die als reale politische Gefahr eingeschätzt wurde, eine herausragende Rolle in der Tätigkeit des Ministeriums. Eben die detaillierte Schilderung des sich im untersuchten Zeitraum inhaltlich und formal wandelnden antikommunistischen „Kampfes“ macht das Buch für den Ostmitteleuropa-Historiker interessant. Es enthält Informationen über die Personen, die mitunter aufgrund ihrer Herkunft aus den nach 1945 historischen deutschen Ostgebieten oder geprägt durch eigene leidvolle Erfahrungen unter der sowjetischen Diktatur prädestiniert schienen für die aktive politische Mitwirkung im „Kampf um Einheit in Freiheit“. Dabei wandte das Ministerium mitunter rechtsstaatlich bedenkliche Mittel an, nutzte verdeckte Finanzierungswege und setzte auf Vorträge, Publikationen, subventionierte Presseorgane, leistungsfähige Rundfunksender, (geheime bzw. indirekte) Kontakte zu privatrechtlichen antikommunistischen Organisationen, zu Informanten und Kirchen in der SBZ und zum bundesdeutschen bzw. amerikanischen Nachrichtendienst, aber auch auf die gezielte Förderung entsprechender Forschung. Deshalb verwundert es nicht, dass u.a. die frühe, massive ministerielle Finanzierung des Marburger Herder-Instituts und des Herder-Forschungsrats in das Blickfeld des Autors gerät und primär auf der Grundlage der Aktenüberlieferung im Bundesarchiv geschildert wird. Die guten persönlichen Kontakte von Staatssekretär Franz Thedieck und Referats- bzw. später Abteilungsleiter Friedrich von Zahn zu führenden Marburger Wissenschaftlern spielten dabei zweifellos eine entscheidende Rolle. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums veränderten sich